

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl. bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mtl. für einen Monat 5.— Mtl., Bestellschein vierteljährlich 30 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf., — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphisch-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mtl. bei Platzvorkauf 2.30 Mtl., Familienanzeigen für die Zeile 1.70 Mtl. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mtl. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierungsbildung auf dem toten Punkt.

Jerlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kabinettskrise beginnt allmählich zur Farce zu werden. Der vierte Kombinationsversuch mit Herrn Fehrenbach, den der Reichspräsident gestern begann, scheint ebenfalls zum Scheitern verurteilt zu sein. Jedenfalls war in den gestrigen Nachmittagsstunden innerhalb der parlamentarischen und Regierungskreise oblige Kopflosigkeit und Hilflosigkeit. Niemand wußte mehr aus noch ein. Die verschiedenartigsten Kombinationen schwärzten durcheinander und eine politische Unruhe hatte sich der gesamten politisch tätigen Kreise bemächtigt, die nur als ein Anzeichen für schwere kommende Krisen gedeutet werden kann.

Nach der Ablehnung Mayers hat Fehrenbach auf Anregung Trimborns sich bereit erklärt, den Versuch einer Kabinettsbildung zu unternehmen. Er soll dabei erklärt haben, daß seine Bemühungen sich ausschließlich darauf richten würden, eine Regierung der Mitte zu bilden. Fehrenbach hat sich deshalb zunächst an die Sozialdemokraten gewandt und Verhandlungen mit Müller und Loebe eingeleitet. Diese Verhandlungen, die offenbar mehr auf die Demokraten als auf das Zentrum zurückzuführen sind, beweisen, wie wenig man den Erklärungen der Rechtssozialisten, sich nicht an einer Regierung zu beteiligen, Glauben schenkt. In dieser Unterredung stellten die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Müller und Loebe fest, daß die Sozialdemokratie sich endgültig dahin entschieden habe, daß sie sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen würde, und daß man daher von weiteren Bemühungen um ihren Eintritt in das Kabinett absehen möchte. Daraufhin bleibt für Fehrenbach nur noch die Bildung einer Regierung aus Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei übrig. Diese Kombination ist auf neue erzwungen durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei, die diese gestern nachmittags in einem Briefe, den sie an den Abgeordneten Trimborn gerichtet hat, festlegte. Sie erklärt sich damit grundsätzlich bereit, in Gemeinschaft mit dem Zentrum und den Demokraten an der Bildung einer Regierung mitzuwirken, geht aber dabei von folgenden Voraussetzungen aus:

- 1. In unsern Grundgesetzen wird durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert.
- 2. Die Rücksicht auf den Wiederaufbau Deutschlands erfordert

sachliche Leitung der Geschäfte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des Wirtschaftslebens, ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zugehörigkeit und Parteistellung.

3. Alle Beamtenstellen sind in Zukunft nach Fähigkeit ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu besetzen.

Die Demokratische Fraktion, die gestern nachmittags in einer vertraulichen Sitzung im Abgeordnetenhaus beriet, wurde sich darüber klar, daß diese Erklärung, besonders in ihrem ersten Punkt, nicht die Voraussetzung für ein Zusammenarbeiten der Demokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung bildet. Man war der Überzeugung, daß diese Erklärung besonders in ihrem ersten Punkt eine Velleitelung der demokratischen Programm-Punkte bedeutet, die von Dr. Peterßen in seinem Schreiben an Dr. Trimborn aufgestellt waren. Jedenfalls glaubte man der ersten Voraussetzung, wonach an den Grundgesetzen der Deutschen Volkspartei durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert wird, keine andre Deutung geben zu können.

Nach den Erklärungen der Sozialdemokraten, daß sie die Beteiligung an der Regierungsbildung ablehnen, fanden gestern nachmittags beim Reichspräsidenten Verhandlungen darüber statt, wie sich die Sozialdemokratische Fraktion zu einer Regierung, die aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei besteht, verhalten würde. Nach dem Berliner Tageblatt erklärten die sozialdemokratischen Vertreter, daß sie einem neuen Kabinett angeht die Verhandlungen in Spa keine Schwierigkeiten bereiten würden, daß sie sich aber natürlich alle Schritte vorbehalten müßten, wenn die Regierung eine arbeitserfindliche Politik einschlagen würde. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum würden die Sozialdemokraten freilich dem neuen Kabinett nicht geben können, aber sie würden andererseits nicht für ein Mißtrauensvotum stimmen. Sämtliche sozialdemokratischen Minister würden zurücktreten, dagegen würden die sozialdemokratischen Staatssekretäre nur insofern aus ihren Ämtern scheiden, als es sich um sogenannte parlamentarische Staatssekretäre handelt. Alle andern würde man als Beamte ansehen und sie nicht zum Aufgeben ihrer Position veranlassen. Dasselbe ist, von den sozialdemokratischen Beamten überhaupt zu sagen.

Die deutschen „Vorbereitungen“ für Spa.

Von Walter Dehme, Berlin.

Alle Entente-Regierungen betreiben aufs eifrigste in Unterhandlungen untereinander und mit ihren Parlamenten, sowie in der Presse ihre Vorbereitungen für die Konferenz in Spa. In der deutschen Politik ist nicht das geringste davon zu verspüren. Gewiß wägen in den einzelnen Referaten des Auswärtigen Amtes die jeweiligen Dezernenten endlose Aktenbündel über das, was neu gefordert werden soll und was man auf einzelne Fragen und Anschuldigungen antworten wird, aber von einer einheitlichen Linie, von einem großen politischen Leitziel ist nicht die Rede. Herr Köster hat sich offenbar vom ersten Tage seines Amtes antritte an selbst nur für eine Zwischenfigur angesehen, die ohne politische Gedanken den Platz im Auswärtigen Amt bis zu den Wahlen auszufüllen hatte. So ist zur Vorbereitung der Verhandlungen in Spa nichts geschehen. Genau so wenig wie etwas zur Vorbereitung der Friedensverhandlungen geschehen ist. Man geht wieder einmal auf eine große politische Konferenz, ohne sich auch nur im geringsten von einer politischen Idee leiten zu lassen. Pläne und Wänschen, Intrigen und Heimlichkeiten aller Art werden sicher heute schon in allen Referaten ausgeheckt, aber was man damit eigentlich will, zu welchem großen Ziel sie führen sollen, darüber zerbricht sich niemand den Kopf. Niemand hat sich bisher klar gemacht, daß in Spa gegen Deutschland der große und schwere Vorwurf erhoben werden wird, daß die deutsche Regierung sich in zu vielen Fällen der Nichterfüllung und Verletzung des Friedensvertrags schuldig gemacht hat. Es scheint fast, als ob man in Spa auf diese Anklagen mit denselben Märchen antworten will, die man dem noch immer gutgläubigen deutschen Volke vorzulesen pflegt, sobald in ihm sich einmal Zweifel darüber regen, ob in der Tat alles zur Erfüllung des Friedensvertrags möglich ist. Es gehört ja in der Tat die ganze Kavität der Politiker des Auswärtigen Amtes dazu, zu glauben, daß gegenüber den Tatsachen und Behauptungen, die die englischen und französischen Politiker mit den Dokumenten und dem Material ihrer in Deutschland weilenden Missionen belegen können, die gegenteiligen Versicherungen der amtlichen deutschen Stellen irgendwelche Bedeutung hätten. Hundertfach sind die Erfahrungen, die die sogenannten deutschen Staatsmänner eines besseren belehrt haben könnten, aber noch immer glauben sie, daß sie mit dem Brustwort der Überzeugung Tatsachen aus der Welt schaffen können, daß sie mit glatten Worten die Politiker der Entente ebenso betrügen können, wie sie das eigene Volk hinter das Licht führen. Das Erinnern von Ausreden scheint die einzige „positive“ Vorbereitung zu sein, die man im Auswärtigen Amt für die Konferenz in Spa trifft. Von ernsthaften Bemühungen, die immer wiederholten Beschwerden der englischen und französischen Kontrollkommissionen über die Nichterfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags dadurch hinfällig zu machen, daß man sich entschließt, diese Umgehungen des Friedensvertrags nunmehr endlich zu unterlassen und die einzelnen Artikel strikte durchzuführen, ist bis heute nicht das geringste zu merken. Genosse Henke hat bereits in seiner Rede zum Notat in der Nationalversammlung darauf hingewiesen, wie wenig diese Regierung getan hat, um durch Erfüllung des Friedensvertrags sich das Vertrauen unserer Vertragskontrahenten zu erwerben. Wir werden in den nächsten Tagen gezwungen sein, dieses Material durch eine neue Fülle neuer Umgehungen und Verletzungen des Friedensvertrags zu vermehren, die immer und immer wieder auf das Rückwärtslose, das deutsche Volk vernichtende skrupellose Treiben der Militärkamarilla zurückzuführen sind. Heute sei nur erinnert an die noch immer bestehende allgemeine Wehrpflicht, die dem Friedensvertrag widerspricht, an die noch immer nicht ausgelieferten Tanks und Panzerzüge, an die ungeheuren Waffenlager in Ostpreußen und in Pommern, an die von der Entente mission in Stettin entdeckten 286 Geschütze. All diese Dinge versuchen das Reichswehrministerium und die Regierung dem Volke zu verschweigen und sie scheinen sich einzureden, daß sie auch in Spa die Entente-politiker davon überzeugen könnten, daß ihre Vertreter in Deutschland Gespenster gesehen hätten.

Noch am 10. Mai schätzte, wie Lloyd George kürzlich im englischen Parlament mitteilte, die interalliierte Kontrollkommission die Stärke des deutschen Heeres auf 270 000 Mann, während das Reichswehrministerium immer wieder betont, daß die Armee nur wenig mehr als 200 000 Mann betrage. Dabei verschwiegen es wohlweislich, daß es versuchte, im Gegensatz zum Friedensvertrag die in der neutralen Zone untergebrachten Truppenmengen von der Einrechnung in das 200 000-Mann-Heer auszunehmen. Erst am 10. Juni ist die Truppenmenge angeblich auf 200 000 Mann zurückgeführt, und das Reichswehrministerium hat sich entschlossen, gemäß dem Friedensvertrag auch die in der neutralen Zone befindlichen Truppen in die 200 000 Mann mit einzurechnen. Daß alle die Versuche des Widerstandes

Kritische Situation in der Pfalz.

Salbamlich wird gemeldet: Die Lage in der Pfalz droht zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die jüngst vollzogene Verhaftung sozialistischer Arbeiterführer zu einer Machtprobe ausnützen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Starke Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Ausweise geprüft. Bekanntmachungen verlangen die Ablieferung versteckter Waffen. Die Verhängung des Besatzungsstatus über die Pfalz wird befürchtet. Am Freitag, mittags 12 Uhr, erwartet die Arbeiterschaft der Pfalz Antwort auf ihren Protest wegen der Verhaftungen.

Der erste Vorsitzende des rheinischen Arbeiterverbandes, Direktor E. Abigt, ist von den Franzosen verhaftet worden unter der Beschuldigung, einen Brief politischen Inhalts an den preussischen Ministerpräsidenten geschickt zu haben. Der Brief ist aus den Akten des Regierungspräsidenten entwendet und den Franzosen in die Hände gespielt worden. In der Bevölkerung Wiesbadens herrscht über diese Maßnahme der Franzosen große Erregung.

Für zwei Jahre verboten.

Laut Frankfurter Zeitung hat die französische Behörde das Erscheinen der Wiesbadener Neuesten Nachrichten wegen der Stellungnahme des Blattes gegen die Ausschreitungen der schwarzen Truppen im besetzten Gebiet für die Dauer von zwei Jahren verboten.

Verhaftung Brüsslows. — Brände in Moskau und Petersburg.

Berlin, 18. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die russische Zeitung erhält folgendes Telegramm aus Kopenhagen:

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Rotregierung Brüsslow gefangen gesetzt habe, angeblich weil der von ihm verfaßte Uebergang der Besatzungsmächte sei und kolossale Opfer verursacht habe.

Wenn sich die Nachricht von der Verhaftung bestätigt, dürfte man es wohl eher mit einer Abwehraktion gegen Brüsslows zunehmende Volkstümlichkeit und die sich damit steigende Gefahr einer Gegenrevolution zu tun haben. — Die großen Brände in

Petersburg und Moskau nehmen überhand. Der Lebensmittelmangel treibt unaufhörlich einer Katastrophe zu. Die Moskauer Prawda schreibt anlässlich einer Rundgebung der Menschewil und Sozial-Revolutionäre gegen die Sowjetregierung in den Betrieben und Fabriken folgendes:

„Diese Sozialverräter haben eine Erklärung abgegeben, daß sie gegen die Polen ziehen wollen. Jetzt führen diese Schufte einen Kampf gegen die Arbeiter, indem sie die letzteren zum Streik aufhetzen. Tschernow erlaubt sich offen aufzutreten und die gelben Buchdrucker unterstützen ihn. Dem muß ein Ende gesetzt werden.“

Auch in der Tsecho-Slowakei Krisenfall's.

Aus Prag wird berichtet: Hier herrscht starke Krisenstimmung, die zu einer... Koalition... und Regierungskrisis auszuarten droht. Die Sozialisten verlangen eine teilweise Erhöhung des Getreidepreises und einen Staatszuschuß zum Brotpreis, wogegen der Finanzminister energisch protestiert. Es ist daher nicht möglich gewesen, eine Mehrheit für die Regierungsvorlage zustande zu bringen und man sucht nunmehr, die 33 Mitglieder zählende Volkspartei für die Finanzvorlage zu gewinnen, um der Regierung einen Erfolg zu sichern.

Vor einer Republik Griechenland?

Nach Telegrammen der bürgerlichen Presse aus Athen befürchtet man dort den Ausbruch der Revolution. In der Bevölkerung geht das Gerücht, Benizelos habe es durchgesetzt, den König Alexander zum Rücktritt zu veranlassen, um Griechenland zur Republik zu erklären.

Nach einem Telegramm der Chicago-Tribune ist Benizelos der von seiner Pariser Reise zurückgekehrt ist, entschlossen, die Republik Griechenland zu proklamieren und sich zum provisorischen Präsidenten zu ernennen.

Keine Beilegung Amerikas an der Konferenz in Spa.

Rotterdam, 17. Juni. Das Staatsdepartement in Washington widerspricht, wie Newe Rotterdamse Courant meldet, amtlich den Gerüchten, wonach Oberst Doyle nach Europa gegangen sei, um die Vereinigten Staaten in Spa zu vertreten. Unter den gegenwärtigen Umständen würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich nicht auf der Konferenz vertreten sein.

Noch keine Lösung der österreichischen Regierungskrise.

Wien, 18. Juni. Die Besprechungen, die Präsident Seih mit dem Führer der Parteien hatte, brachten bisher keine Lösung der Regierungskrise. Den Abendblättern zufolge ist die Möglichkeit eines unpolitischen Uebergangsinstrumentes, das ein beschränktes Programm erledigen könnte, und die Auflösung des Hauses sowie die Neuwahlen durchzuführen hätte, in den Vordergrund gerückt.